



Rede zum

**1. MAI 2024**

*„Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit“*

**Nadine Boguslawski,**  
Hauptkassiererin der IG Metall

Gaggenau, 1. Mai 2024

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als ich 2014 nach Stuttgart gezogen bin, habe ich natürlich auch das Daimler-Museum besucht.

Am meisten hat mich dort ein Exponat begeistern, das ich gar nicht erwartet hätte.

Auf einem unscheinbaren vergilbten Zettel war das Ergebnis der Betriebsratswahl im Daimler-Werk Gaggenau von Frühling 1949 aufgelistet.

Das Besondere daran: Die Wahl hat drei Jahre vor dem Erlass des Betriebsverfassungsgesetzes stattgefunden.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist typisch für Euch.

Hier in Gaggenau läuft man nicht auf ausgetretenen Wegen, hier beschreiet man Neuland – ohne Angst und immer mit der bestmöglichen Lösung für die Menschen in der Region im Blick.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für dieses Engagement und dieses Herzblut gilt Euch mein aufrichtiger Dank und meine große Bewunderung!

Und ich freue mich, hier heute mit Euch den Tag der Arbeit 2024 feiern zu dürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Betrieb ist der Ort, an dem Demokratie für viele von uns am unmittelbarsten erlebbar wird.

Das Betriebsverfassungsgesetz legt die Regeln der Mitbestimmung fest und ist die Grundlage dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur als Bittsteller auftreten, sondern auf Augenhöhe mit ihrem Arbeitgeber verhandeln können.

1952 wurde es beschlossen und 1972 zum letzten Mal neu gefasst.

Das ist über 50 Jahre her und zwei Stränge bereiten uns zunehmend Sorgen.

**Erstens** beobachten wir eine zunehmende Schärfe, mit der die Wahl von Betriebsräten verhindert werden soll.

Kolleginnen und Kollegen, die sich zusammentun und für ihre Rechte eintreten, müssen mit massiven Repressionen rechnen– bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes.

Und das passiert nicht nur in kleinen und mittleren Unternehmen, das haben wir auch bei Tesla in Grünheide beobachten können. Jetzt haben wir vor wenigen Wochen endlich einen neuen Betriebsrat gewählt, der diesen Namen auch verdient.

Und das ist auch gut so. Wir zeigen Elon Musk und allen anderen Turbokapitalisten, welche Rakete wir zünden, wenn es um unsere grundlegenden demokratischen Werte geht.

**Zweitens** sehen wir, dass in den letzten Jahren die betrieblichen Themen zugenommen haben, auf die das Betriebsverfassungs-Gesetz aus dem Jahr 1972 nicht die richtigen Antworten geben kann, weil es die Fragen damals noch gar nicht gab, mit denen wir heute in den Betrieben konfrontiert werden.

Wir wollen aber New Work zu Good Work machen und dafür brauchen wir andere, modernere und bessere Instrumente.

Wir haben als IG Metall daher zusammen mit dem DGB umfangreiche Reformvorhaben formuliert.

Wir wollen eine betriebliche Mitbestimmung, die den Herausforderungen unsere Zeit gewachsen ist und wir wollen besseren Schutz für die Menschen, die diese Rechte auf Mitbestimmung einfordern.

Wir sagen: Jetzt ist Zeit für mehr Mitbestimmung, jetzt ist Zeit für selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, jetzt ist Zeit für selbstbestimmtes Arbeiten.

Das sind die richtigen Antworten auf die Krisen unserer Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Motto unseres 1. Mai lautet dieses Jahr: „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“  
Diese drei Schlagworte beschreiben gut, was uns allen auf der Seele brennt.

Seit inzwischen über vier Jahren geben sich die Krisen die Klinke in die Hand und verstärken sich zum Teil gegenseitig.

Corona, Energiepreise, Krieg in Europa, Inflation: Das sind die Krisen, die uns quälen und die zum Teil ein klaffendes Loch in die Geldbeutel vieler Menschen in unserem Land gerissen haben.

Kleine und mittlere Einkommen sind sehr belastet worden und darunter leiden nach wie vor viele Millionen Menschen in diesem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2023 sind die Tariflöhne durchschnittlich um 5,5 Prozent gestiegen und mit der Inflationsausgleichsprämie haben wir vielfach zusätzlich für Entlastung sorgen können.

Im Herbst steht nun die nächste Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie an.

In der letzten Woche haben wir mit unserer großen Beschäftigtenbefragung die erste Stufe unserer Tarifikampagne gestartet.

Mit dieser Befragung wollen wir die Themen der Kolleginnen und Kollegen fokussieren und ich darf euch alle dazu einladen, sich daran zu beteiligen.

Im Frühsommer werden wir dann unsere Forderung formulieren und im Herbst startet dann die heiße Phase.

Wir werden mit Herz und Mut im Herbst für unsere Forderungen eintreten, solidarisch und gemeinsam.

Und wir werden auch da dagegenhalten, wo die Arbeitgeber ihr Glück in Reduzierung der Arbeitskosten und in Standortverlagerungen suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Kostenreduzierung heißt leider viel zu oft Flucht aus dem Tarifvertrag und hat in den letzten Jahren zu einem massiven Rückgang der Tarifbindung geführt.

Die Zahlen sind erschreckend: Nur noch ein Viertel der Betriebe hat einen Tarifvertrag. Das sind 20 Prozent weniger als im Jahr 2022. Auch profitiert nur noch jeder zweite Beschäftigte von einem Tarifvertrag. 1995 waren es noch über 80 Prozent.

Die EU-Mindestlohnrichtlinie macht es jetzt notwendig, dass Deutschland bis November einen Aktionsplan vorlegt, wie wir die Tarifbindung wieder steigern können.

Unsere Haltung als IG Metall dazu ist klar und deutlich:

Wir wollen mehr tarifgebundene Betriebe und wir wollen, dass mehr Beschäftigte von guten Arbeitsbedingungen mit Tarifverträgen profitieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir fordern aber nicht nur, wir tun auch aktiv etwas. Ich will dazu zwei Beispiele machen:

1. In der Region Leipzig wird seit November 2023 bei SRW metalfloat gestreikt. Beim längsten Streik in unserer Geschichte wollen wir durch einen Tarifvertrag die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern. Der Arbeitgeber, ein chinesischer Investor, verweigert allerdings hartnäckig die Verhandlungen.
2. In der Nähe von Regensburg sind wir seit letzter Woche bei Schabmüller im Streik. Der Arbeitgeber war vor etwa 20 Jahren aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und jetzt haben unsere Mitglieder sich auf den Weg gemacht, den Tarifvertrag zurückzuholen.

Zwei Beispiele von vielen, wie wir selbstbewusster werden und unsere Anliegen einfordern.

Zum 75. Geburtstag des Tarifvertragsgesetzes, der im April war, starten wir die Trendwende. Für mehr Tarifbindung und damit mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt.

Kurz gesagt, für mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In den letzten Jahren hat sich da viel beim Thema Arbeitszeit getan. Die Menschen wollen kürzer arbeiten und das wiederum versetzt manche Arbeitgeber in helle Panik.

Ein Unternehmer aus dem Kreis Offenburg hat kürzlich im FAZ-Interview gesagt, dass der Mythos „Made in Germany“ zerstört wird und wir nur noch als Softie-Gesellschaft wahrgenommen werden. Das macht er abhängig von der fehlenden Bereitschaft, 40 Stunden und mehr in der Woche zu arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da frage ich mich: Was soll das?

„Made in Germany“ steht – soweit ich das sehe – für Qualität und nicht für die 40 Stunden-Woche.

Andere blasen in ein ähnliches Horn und verlangen „Mehr Bock auf Arbeit“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch hier kann ich mir nur an die Stirn klopfen!

Natürlich hab ich Bock auf Arbeit. Aber ich aber auch Bock auf Zeit mit der Familie, ich habe Bock auf Zeit für Sport, ich habe Bock auf Zeit für Hobbys, Urlaub und vieles mehr. Aber arbeiten gehe ich, um mir das alles leisten zu können.

Wir leben nicht um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben.

Und dieses Selbstbewusstsein, diese Form der Autonomie, dieser Grad der Selbstbestimmung ist vielen Arbeitgebern ein Dorn im Auge.

Dabei werden auch Fakten ignoriert.

2023 wurden in Deutschland 55 Milliarden Stunden gearbeitet. Zwei Milliarden mehr als 1991. Gleichzeitig ist die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von knapp 39 auf 36,5 Stunden gesunken.

Unterm Strich bedeutet das, dass mehr Menschen Arbeit haben, mehr leisten und gleichzeitig mehr Freizeit haben.

Das ist für mich eine klassische Win-Win-Situation und untermauert unsere Argumente für die 35-Stunden-Woche.

Wenn wir alle weniger arbeiten, sind mehr Menschen in Arbeit und können vollumfänglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir hören, dass in Zeiten von Fachkräftemangel alle wieder mehr arbeiten müssen.

Da halte ich dagegen, dass wir immer über eine Million, vor allem Frauen, unfreiwillig in Teilzeit haben.

Gleichzeitig haben wir 2,6 Millionen junger Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsausbildung.

Alles in allem also genügend Fachkräftepotenzial, um viel mehr Menschen ihren Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten zu verwirklichen, ohne dass plötzlich Arbeit liegen bleibt.

Um den Wohlstand und die Produktivität muss sich also niemand Sorgen machen, sondern die Probleme lösen, die die Menschen wirklich bewegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeitszeitfragen sind für die Arbeitgeber und ihre Interessenvertretungen eine Glaubensfrage, wie für den Papst das Zölibat.

Sie halten an einer antiquierten Vorstellung fest und nehmen keine Rücksicht darauf, wie viel Spaß ihren Mitarbeiter:innen dabei entgeht.

Das bezieht sich nicht nur auf die wöchentliche Arbeitszeit, sondern da wird dann auch immer gleich über die Rente diskutiert.

Grad aktuell, dass das Rentenalter auf 70 Jahre angehoben werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da fehlen mir die Worte. Jede und jeder, die oder der schon mal an einem Band, auf dem Bau, in einer Fleischerei oder in der Pflege gearbeitet hat weiß, dass das nicht möglich ist.

Deswegen sagen wir ganz deutlich: 45 Jahre sind genug! Und wir wenden uns auch ganz klar gegen die Rente mit 67!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Rente ist nicht nur eine Versicherung. Sie ist auch Ausdruck der Wertschätzung und Respekt vor der Lebensleistung der arbeitenden Menschen in unserem Land.

Die Rente ist aber auf gar keinen Fall eine Variable zur Berechnung des Fachkräftepotenzials.

Aber leider sehen das nicht alle so.

Daher verwundert es nicht, dass die FDP genau dieses Thema in ihrem 12-Punkte-Plan zur Beschleunigung der Wirtschaftswende aufgreift. Dort schreiben sie: „Angesichts des Fachkräftemangels können wir uns die sogenannte „Rente mit 63“ nicht leisten.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gesundheit der meisten arbeitenden Menschen in diesem Land kann sich eine Rente mit 67 oder noch später aber auch nicht leisten!

Aber was will man erwarten von einer Partei, die sich zur ersten Opposition in Regierungsverantwortung entwickelt hat.

Christian Lindner hat mal gesagt: „Lieber nicht regieren, als schlecht regieren“ und weil es bei ihm offensichtlich nicht einmal für schlecht regieren reicht, zwingt er die gesamte Koalition ins Nichtstun.

Ich stelle auf jeden Fall fest, von der selbsternannten Fortschrittsregierung ist nur noch der rapide Verfall fortschreitend.

Dabei hätten wir gerade viel Wichtigeres zu tun:

- Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum
- Dazu kommen marode Straßen, Brücken und Schienen
- Der Investitionsbedarf für die Klimawende beläuft sich auf 860 Milliarden Euro
- Der Investitionsstau bei Schulgebäuden beträgt 45,6 Milliarden Euro
- In der Industrie gehen reihenweise Arbeitsplätze verloren, und damit einher auch eine Gefährdung des Wohlstands in unserem Land.

Ich könnte diese Aufzählung noch eine Weile fortsetzen.



Der eigentliche Punkt ist doch: Die Schuldenbremse lähmt die Handlungsfähigkeit der Politik. Da sind sich eigentlich alle einig.

Alle – außer die FDP.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich sage, reformiert die Schuldenbremse und investiert in die Zukunft dieses Landes. Gegen den Klimawandel, für Straßen, Schiene, Schulen und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Für die Menschen in diesem Land.

Stattdessen löst ein Streit den anderen ab. Und jede Debatte macht eine neue Tür auf, durch die Rechte und Nazis mit einem Lächeln und ihren dumpfen Parolen marschieren. Wenn ich auf die Europawahl Anfang Juni und auf die Landtagswahlen im Herbst in Sachsen, Thüringen und Brandenburg blicke, dann wird mir angst und bang. Von rechts außen kommen keine Lösungen, sondern nur Hetze und Hass.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hatten wir schon mal. Und die Auswirkungen waren fatal.

Im Januar 1933 haben sich solche Leute schon mal an die Macht gelogen.

Drei Monate später – morgen vor genau 91 Jahren - sind Gewerkschaften zerschlagen und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Konzentrationslager gesperrt worden.

12 Jahre später waren Millionen von Menschen tot und ganz Europa ein Trümmerfeld.

Und es kann doch nicht sein, dass die Sachen, die uns damals ins Verderben geführt haben, heute wieder als politisches Programm einer Alternative akzeptiert werden.

Ein Beispiel: Heute sprechen sie von Remigration, damals von Umsiedlung. Umsiedlung war das Synonym für die millionenfache Enteignung und Deportation von Juden in Konzentrationslager und schließlich in den Tod.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hier zählt jede und jeder Einzelne von uns.

Wir müssen widersprechen, wir dürfen nicht wegschauen und denken, was für ein Spinner.

Sie inszenieren sich als Stimme der kleinen Leute, vertreten aber gleichzeitig eine Politik, die genau das Gegenteil erreichen will.

Ein Beispiel: Im Steuerprogramm dieser selbsternannten Alternative sollen Bruttoeinkommen bis 50.000 Euro um 0,8 Prozent entlastet werden, bis 100.000 Euro um knapp 4 Prozent und Einkommen von 250.000 Euro um 7,5 Prozent.

Die Person mit dem niedrigen Einkommen hat also 400 Euro mehr und die Person mit dem hohen Einkommen knapp 19.000 Euro.

Das heißt übersetzt: Die wollen nicht die Mittelschicht stärken, die wollen von unten nach oben umverteilen.

Und diese Politik für Reiche und Superreiche wird dann auch noch verbunden mit der Hetze auf Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger, also den Schwächsten unserer Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

leider ist es so, dass auch hier die FDP nicht weit ist und mit ihrem 12-Punkteplan auch die Ressentiments gegen Bürgergeldempfänger:innen schürt.

Auch hier zeigen die Fakten, dass es sich um eine Phantomdebatte handelt.

Laut einer Auswertung der Bundesagentur für Arbeit bewegen sich die Fallzahlen für Sanktionen im Promillebereich.

Für eine Verschärfung gibt es also keinen Anlass.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der genau gegenteilige Weg wäre der Richtige, um den sozialen Frieden in unserem Land zu sichern.

Wenn wir die gesellschaftlichen Spannungen abbauen wollen, dann darf nicht die Wut derjenigen, die wenig haben auf diejenigen, die gar nichts haben geleitet werden.

Wir brauchen mehr Sicherheit für kleine und mittlere Einkommen und auch für Menschen, die gar kein Einkommen haben.

Die Gewissheit einer stetigen Verbesserung des Lebensstandards hat sich schleichend gewandelt in eine Angst vor sozialem Abstieg.

Diese Gewissheit war das Versprechen, dass jede und jeder, der hart arbeitete, am Ende auch etwas davon hatte.

Nach 30 Jahren schwindender Tarifbindung und einem stetig wachsenden Niedriglohnbereich ist dieses Versprechen stark gefährdet.

Wir erleben, dass die Reichen reicher werden und die Armen ärmer.

Das hat das Vertrauen der Menschen in die Institutionen unseres Landes bis weit in die Mittelschicht hinein erschüttert.

Aber vor allem bei Menschen, die am Existenzminimum leben.

Ein paar Zahlen:

- Ein Viertel der Menschen mit geringen Einkommen misstraut der Polizei und ein Drittel unserem Rechtssystem. Bei den Spitzenverdienern gibt es kaum jemand, der dieses Misstrauen teilt
- Weniger als 20 Prozent der Reichen haben ein geringes Vertrauen in den Bundestag, bei denjenigen, die als Arm gelten, sind es 47 Prozent.
- 

Das alles ist ein Nährboden für dumpfe Parolen und Populisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen gegensteuern und wir tun das auch.

Wir fordern eine effektive und spürbare Umverteilung von oben nach unten.

Wir haben im DGB ein Steuerkonzept erarbeitet, das mittlere und niedrige Einkommen deutlich entlastet und hohe Einkommen nicht stärker belastet.

Wir schlagen aber auch vor, hohe Vermögen effektiv zu besteuern.

Laut Bundesbank beläuft sich das Geldvermögen in Deutschland auf 7,7 Billionen Euro. Über 61 Prozent davon besitzen die reichsten 10 Prozent. Etwas weniger als 2,4 Prozent verteilen sich auf die untere Hälfte.

Übersetzt heißt das, die reichsten 8 Millionen besitzen im Schnitt jeweils knapp 600.000 Euro, die unteren 40 Millionen im Schnitt 4.600 Euro.

Deutschland ist damit im Vergleich aller Euroländer das Land mit der größten Vermögensungleichheit.

Wenn wir es schaffen, die hohen und höchsten Vermögen an der Finanzierung unseres Landes so zu beteiligen, wie es gerecht wäre, dann hätten wir keine Diskussionen über Schuldenbremse und Investitionsstau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere freiheitlich demokratische Grundordnung wurde vor dem Hintergrund der Schrecken des zweiten Weltkrieges begründet.

Im Bewusstsein, dass eine gerechte und ausgeglichene Gesellschaft die beste Versicherung dagegen ist, dass sich solche Verbrechen wiederholen, wurde vor ziemlich genau 75 Jahren das Grundgesetz beschlossen.

Unser Grundgesetz feiert also in wenigen Tagen Geburtstag und muss sich leider gleichzeitig den massiven Angriffen erwehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir stehen in der Verantwortung, diese freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen.

Das tun wir an den Wahlurnen und jeden Tag, an dem wir Farbe bekennen und widersprechen, wenn andere versuchen diese Grundordnung zu diskreditieren.

Wir leben Demokratie in Betrieb und Gesellschaft.

Wir tun das für mehr Lohn, Freizeit und Sicherheit.

Und unser Werkzeug dazu ist die Solidarität. Wir stehen füreinander ein und schauen nicht auf andere herab.

Jede und jeder von uns spürt den eiskalten Wind der aktuellen Krisen im Gesicht. Lassen wir nicht zu, dass dieser Wind auch nur einen von uns umhaut.

Machen wir es wie die Pinguine, je kälter es wird, desto näher rücken wir zusammen.  
Diejenigen, die sich als Alternative aufspielen, wollen spalten.

Wir wollen vereinen. Denn je mehr wir sind, desto stärker sind wir!  
Solidarität gewinnt!

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.